

Geschäftsführung:

Aleksandra Maslowska
Am Dobben 112
28203 Bremen
Fon: (0421) 34967 5012

Birgit Bohlmann
Friedrich-Karl-Str. 38 A
28205 Bremen

Gemeindepsychiatrischer Verbund Bremen Mitte und Bremen Nord Pressemitteilung 16.07.2024

Der Gemeindepsychiatrische Verbund (GPV) Bremen-Mitte beobachtet mit großer Sorge die Entwicklungen im Bereich der Arbeitsgelegenheiten nach § 16 d SGB II in Bremen. In einer Pressemitteilung der Trägerversammlung des Jobcenters Bremen – Agentur für Arbeit und Stadtgemeinde Bremen wurden erste Lösungsansätze für die Problematik der Finanzierung von AGHs für das laufende Jahr kommuniziert. Diese bedeuten in erster Linie jedoch ein Verschieben der Problematik in die Zukunft und werden dem allgemeinen Wert der AGH-Maßnahmen für die Gesellschaft nicht gerecht.

Wir als GPV sind einer verbindlichen Zusammenarbeit von Bremer Verbundpartnern verpflichtet, die sich unter anderem aus den Versorgungsbereichen Beratung, Selbsthilfe, Medizin und Rehabilitation, Eingliederungshilfe aber auch Nutzer*innen-Vertreter*innen zusammensetzt. In unserem Fokus stehen vor allem Menschen mit psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen. Unsere Mitglieder setzen sich für eine inklusive und vorrangig ambulante Versorgung ein. Wir stellen die Menschen mit psychischen Erkrankungen, seelischen Behinderungen und komplexen Hilfebedürfnissen in den Mittelpunkt und versuchen ihnen Teilhabechancen in der Gemeinschaft zu eröffnen.

Die aktuellen Haushaltsprobleme des Bremer Jobcenters und die zukünftig schon angekündigten Kürzungen von Arbeitsgelegenheiten (AGH) für psychisch kranke Menschen und die Gesellschaft in Bremen betrifft diese Menschen in einem besonderen Ausmaß, da die gesundheitsförderliche Wirkung von Arbeit in der Psychiatrie schon lange bekannt ist.

Arbeit ist in vielerlei Hinsicht für Menschen mit einer psychischen Erkrankung von Bedeutung, denn sie bietet neben Struktur, sozialer Kontaktmöglichkeit und finanzieller Anerkennung vor allem auch die Möglichkeit zu sinnvollem Tun und ermöglicht damit Identifikation und Bestätigung. Ganz einfach gesagt, gibt sie Menschen u.a. einen Grund, morgens aufzustehen und in den Tag zu starten.

Es geht dabei um Teilhabe, Tagesstruktur, Wertschätzung, seelische Gesundheit, ankommen und zurückkommen in gesellschaftlichen Strukturen, Miteinander und Füreinander da sein. Es geht um das, was eine demokratische Gesellschaft im Kern zusammenhält.

Und wenn man von Kosten spricht, sollten nicht nur die kurzfristigen Einsparungen, sondern auch die langfristigen gesellschaftlichen Kosten im Blick sein, die das Wegbrechen der Projekte bei den Betroffenen auslöst.

Die Teilnehmer*innen an Arbeitsgelegenheiten in den Quartiersprojekten leisten einen wichtigen Beitrag für die soziale Infrastruktur, gerade in den strukturschwachen Stadtteilen. Mit ihren Dienstleistungen und Produkten verbessern sie die defizitäre Infrastruktur in den Quartieren: Stadtteilcafés, Sozialkaufhäuser, Fahrrad- und Holzwerkstätten, Naturschutz, Schreibbüros, Spielhäuser, Suchtberatung etc. sind nur einige Beispiele. Mit dem Wegfall verliert Bremen viele gesellschaftlich wertvolle Einrichtungen der sozialen Infrastruktur gerade in Armutsregionen, die dann noch weiter abgehängt werden. Die AGH-Maßnahmen, haben folglich eine doppelte Wirkung: für die Teilnehmenden und für die benachteiligten Stadtteile!

AGH-Maßnahmen, insbesondere wenn darin sozialpädagogische Begleitung stattfindet oder Psychologen die Maßnahme mitbetreuen, sorgen bei den psychisch kranken Menschen für Tagesstruktur und wirken stabilisierend. Zudem sind Menschen im sozialen Kontakt, und aufkommende Krisen können schneller bemerkt und durch eine Vernetzung der Träger und Akteure aufgefangen oder behandelt werden. Und gerade bei dieser Zielgruppe ist es sinnvoller, wenn die Maßnahmen eine gewisse Dauer von mehr als sechs Monaten haben, also über einen längeren Zeitraum finanziell gesichert sind.

Weit verbreitet in Jobcentern und in der Gesellschaft ist die – dem Umgang mit körperlichen Erkrankungen entlehnte – Vorstellung, die Betroffenen müssten zunächst gesund werden; erst dann könne man sich um Integration bemühen. Doch hilft gerade die Tätigkeit und der Erhalt von Tagesstruktur in den AGH-Maßnahmen ohne Druck und Überforderung auch ein Stück weit bei der Genesung und Stabilisierung.

Entfallen die Angebote der unterschiedlichen Projekte mit Arbeitsgelegenheiten, werden die Betroffenen und ihre Familien in Bremen allein gelassen und verlieren nicht nur die Chance auf arbeitsmarktliche und gesellschaftliche Teilhabe, sondern auch die Quartiere verlieren wichtige Anlaufstellen und einen Teil ihrer sozialen Infrastruktur. Wenn die Angebote verschwinden, verschwinden nicht gleichzeitig die Menschen, die sie nutzen. Sie erscheinen an anderer Stelle und verursachen dort ebenfalls Kosten – und bei manchen politischen Akteuren der Bremischen Bürgerschaft auch offensichtlich ein unangenehmes Gefühl.

Deshalb fordern wir die Akteure aus Politik, Jobcenter und Arbeitsagentur auf, die wertvollen Angebote der Arbeitsgelegenheiten nicht noch weiter zu kürzen und zu beenden sowie Finanzierungslösungen über das Jahr 2025 zu erarbeiten. Denn es darf nicht sein, dass wir jetzt mit den Mitteln aus 2025 die Bremer AGH-Projekte noch mit Ach und Krach bis zum Ende des Jahres 2024 retten – um sie dann im nächsten Jahr einen leisen Tod sterben zu lassen.

GPV Mitte
GPV Nord